



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/191

18. August 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur politischen Situation in Nordrhein-Westfalen	S.1
Russlands Aggression in der Ostsee	S.3
Das Problem der Prädikatisierung - Eine Frage des deutschen Films -	S.4
Flucht der Juden aus den "Volksdemokratien"	S.5

Entscheidung an der Ruhr

M.W. Mitten in der "Sauren-Gurken-Zeit" der Parlamentsferien brach eine gefährliche Zwietracht über die nordrhein-westfälische CDU herein. Man kann nicht sagen, dass der an Rhein und Ruhr entbrannte christlich-demokratische Bruderkrieg wie ein Blitz aus heiterem Himmel zwischen die Mannen um Dr. Adenauer und den Gewerkschaftler Karl Arnold gefahren wäre. Die politischen Spannungen glimmen, nur schlecht versteckt seit Jahr und Tag in den Fundamenten der christlich-demokratischen Union. Die häufigen Entzündungen hatten sich bisher lediglich als kurzlebige Strohfeder gezeigt: Adenauer, der Dompteur vom Rhein, stellte als Feuerlöscher besondere Qualitäten unter Beweis. Seit seiner Rückkehr aus der Schweiz jedoch ist eine Fehde zwischen ihm und Arnold entbrannt, die, falls beide Teile konsequent zu ihrer Auffassung stehen, entweder zu einem zweiten Fall Gereke (Ausschluss Arnolds aus der CDU) oder aber zu einer Spaltung der CDU in einen liberalistischen und in den Gewerkschaftsflügel führen kann. Der Verlauf der Koalitionsverhandlungen in Nordrhein-Westfalen löste den Bruderkampf aus.

Ministerpräsident Arnold hat seinen Fraktionsfreunden im Düsseldorfer Landtag zugesagt, notfalls auch eine Regierung ohne die SPD zu bilden. Auf keinen Fall aber will er auf das Zentrum verzichten. Zentrumsvorsitzender Johannes Brockmann will jedoch auf jeden Fall auf die Freien Demokraten verzichten. "Die Liberalisten streben nach der gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Potenz dieses Landes. Das ist untragbar", erklärte er rundheraus. Arnold und Brockmann liessen verlau-

ten, dass sie sich eine breite Basis für die neue Regierung wünschen. Im übrigen habe sich die alte Regierung der Grossen Koalition mit den Sozialdemokraten gut bewährt.

Die nordrhein-westfälische FDP hatte kurz vor den Parlamentsferien eine schwere Schlappe erlitten. Es war eine ausgesprochene Panne, dass sich ihr Sprecher, der Landtagsabgeordnete Dr. Achenbach, ehemaliger Mitarbeiter von Abetz, dem verurteilten deutschen Botschafter in Paris, zur Preisgabe der weitgesteckten Ziele seiner Fraktion (Wirtschafts- und Finanzministerium) verleiten liess. Mit der Erklärung, dass Dr. Achenbach im Hinblick auf die erstrebenswerte deutsch-französische Annäherung als Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen untragbar sei, versuchten die Liberalisten, ihre Düsseldorfer Blamage einstweilen abzuschliessen. Dann griff man die Düsseldorfer Festung aus dem Hinterhalt an.

Arnold, so liess Dr. Adenauer durch sein Sprachrohr "Kölnische Rundschau" verkünden, möge sein Amt als Ministerpräsident zur Verfügung stellen. Er habe den Spaltpilz in die CDU getragen, indem er einer bestimmten Richtung, zu der auch Dr. Adenauer zähle, mit dem Makel unsozialer Gesinnung behaftet habe. Arnold, vor aller Öffentlichkeit in die Verteidigung gedrängt, spielte die programmatische Karte aus. Er verwies auf das Sozialprogramm der CDU und verlangte, dass man eindeutig Farbe bekenne. Durch die Düsseldorfer "Rheinische Post", als deren Herausgeber er zeichnet, liess Arnold Dr. Adenauer erklären, wie der Vorwurf der unsozialen Gesinnung zu verstehen sei: zur CDU seien liberale Kräfte gestossen, die, wenn es um wirtschaftliche oder soziale Fragen gehe, sich dem Neu-Liberalismus mehr verbunden fühlen als dem eigenen politischen Willen. Diese liberale "Infiltration" habe bereits ihre Früchte getragen, indem sich Gleichgesinnte über die Parteiengrenze hinweg geschickt die Bälle zugeworfen hätten.

Diese vernichtende Kritik an der Bonner Kleinen Koalition erweckte in Düsseldorf den Eindruck, dass Arnold wiederum der Grossen Koalition entgegenstrebe. Denn zusammen mit der SPD und dem Zentrum wäre der Arnold-Flügel der CDU regierungsfähig. Man erinnert sich an Arnolds oft zitiertes Wort: "Die kommende politische Entscheidung fällt an der Ruhr!" Seine Auffassung, dass hemmungsloser Liberalismus das Ende der zweiten Republik und die Verbolschewisierung der breiten Massen in Westdeutschland bedeute, wird zweifellos nicht nur zwischen Rhein und Ruhr geteilt. Die Frage ist nur, ob die antikapitalistischen Schichten in der CDU die politische Energie besitzen, sich durch die Macht ihrer Zahl nach vorn zu kämpfen.

Russlands Aggression in der Ostsee
Von unserem skandinavischen Korrespondenten

K.V. Kürzlich haben Schweden und Dänemark gleichzeitig Noten nach Moskau gesandt, die sich mit der Frage der Ostsee beschäftigten, und die in ihrem Wortlaut fast übereinstimmten.

Aus beiden Noten ging hervor, dass Russland aus eigener Machtvollkommenheit die Hoheitsgrenze in der Ostsee auf 12 Seemeilen erweitert hat. Diese Erweiterung gilt sowohl für die Seegrenzen der von Russland einverleibten baltischen Länder, den Teilen von Ostpreussen, die Russland annektiert hat, als auch den Seegrenzen der beiden Satellitenstaaten Polen und Ostdeutschland. Die dänische wie die schwedische Note fordert, dass der alte Zustand wieder hergestellt wird, d.h., dass die Drei- bzw. Vier-Seemeilengrenze in allen diesen Gebieten erneut ihre Gültigkeit erhält.

Prinzipiell gesehen ist die selbstherrliche Einverleibung von grossen Teilen der Ostsee durch Russland ein Akt der Aggression. Er unterscheidet sich von einer willkürlichen Überschreitung von Landgrenzen dadurch, dass es sich bei diesen Seegebieten um freie Gebiete handelt, die der Souveränität keines Staates unterstehen und deshalb für alle Staaten zugänglich sind. Für Schweden und Dänemark bedeutet die willkürliche Ausdehnung der Hoheitsgrenzen in der Ostsee durch Russland, dass beide Länder empfindliche Einbußen ihres Fischfangs in der Ostsee erlitten haben und erleiden. Die praktische Handhabung der neuen, einseitig von Russland festgesetzten Seegrenzen hatte bereits seit Jahren zur ständigen Aufbringung dänischer und schwedischer Fischerfahrzeuge durch bewaffnete russische Seestreitkräfte geführt. Es haben sogar russische Aufbringungsversuche weit ausserhalb der 12-Seemeilengrenze stattgefunden.

Das ausgesprochene Ziel der sowjetischen Bestrebungen ist, die Ostsee zu einem "mare nostrum", zu einem russischen Binnenmeer zu machen und, wenn möglich, den Zugang zur Ostsee mit russischen Machtmitteln zu sperren. Es besteht wenig Aussicht, dass die beiden skandinavischen Länder durch ihre Noten in Moskau irgend etwas an dem durch Russland herbeigeführten Zustande in der Ostsee ändern werden. Es ist sogar zu befürchten, dass trotz diesem Protest sich der Einfluss Russlands in der Ostsee wie ein Ölfleck auf dem Wasser erweitert. Militärische Kreise des Westens sind der Ansicht, dass der weitere Ausbau von russischen Militärbasen an der Ostseeküste in dem grossen Bogen von Reval bis Rügen in direktem Zusammenhang mit dem ständigen Druck Russlands steht, seine Einflussphäre in der Ostsee zu erweitern.

Das Problem der Prädikatisierung

C.G. Die vom Bundestag gewährten Ausfallbürgschaften für die deutsche Filmproduktion in Höhe von 20 Mill. DM können nichts anderes bedeuten als einen ersten Anfang in einer Reihe von Maßnahmen, die den deutschen Film aus seiner Nachkriegsmisere herausführen sollen. Denn eine finanzielle Starthilfe für den deutschen Film müsste wirkungslos verpuffen, wenn den mit staatlicher Unterstützung finanzierten Filmen der Absatz auf dem mit Auslandsfilmen überschwemmten deutschen Markt versagt bliebe.

Unter den vielen Vorschlägen, die den Theaterbesitzern einen Anreiz zur stärkeren Aufführung deutscher Filme bieten sollen, nennt man auch eine generelle Stuersenkung für deutsche Filme. Dieser Forderung halten andere entgegen, dass das schlechte Niveau der meisten deutschen Nachkriegsfilme angesichts der Leere in den öffentlichen Kassen Steuergeschenke nicht rechtfertige. Beide Meinungen betrachten die Dinge einseitig, die einen nur vom wirtschaftlichen, die anderen nur vom künstlerischen Standpunkt her. Wie im Film überhaupt, lässt sich auch bei den Problemen des deutschen Nachkriegsfilms das Wirtschaftliche vom Künstlerischen fast nirgends trennen.

Wird in den Verfahrensvorschriften der Bundesbürgschaft das künstlerische Moment bei der Prüfung eines Filmvorhabens zu wenig in Betracht gezogen, so erwecken wiederum die bisher in Bonn vorliegenden Vorschläge zu einem Prädikatisierungsgesetz Überlegungen, überhaupt nichts zu tun. Eine Prädikatsverteilung an gute Filme, die steuerliche Erleichterungen nach sich zieht, sollte aber mehr sein, als nur eine freundliche Geste an die deutsche Produktion, sondern eine sichtbare Wirkungen anbietende praktische Ermunterung. Von diesem wirtschaftlichen Blickpunkt her erscheint eine uneingeschränkte Einbeziehung ausländischer Filme in das Prädikatisierungsverfahren bedenklich. Eine Gegenseitigkeitsklausel, die steuerliche Erleichterungen für ausländische Filme auf die Herkunftsländer beschränkt, in denen deutschen Filmen ähnliche Vorteile gewährt werden, dürfte als gerecht und billig empfunden und schwerlich als Diskriminierung ausgelegt werden.

Genau so wichtig wie diese grundsätzlichen Überlegungen ist die Aufstellung von Maßstäben, nach denen man die Filme bewertet. An Prädikaten wie "staatspolitisch wertvoll" oder "Film der Nation", aber auch "volksbildend" haften peinliche Erinnerungen. Bei der Auszeichnung "künstlerisch wertvoll" neigt man dazu, Maßstäbe, die im litera-

rischen Bereich Geltung haben mögen, bedenkenlos auf den Film zu übertragen. Als Kunstform aber gehorcht der Film eigenen Gesetzen. Was der deutsche Film vor allem nötig hat, ist neben der Gestaltung künstlerisch anspruchsvoller Stoffe die Beachtung "filmischer", also handwerklicher Sauberkeit bei der Herstellung. Sie wurde bisher im allgemeinen geradezu sträflich vernachlässigt. Auch hier sollte ein wichtiges Kriterium bei der Gewährung von Prädikaten liegen. Dann könnten auch "filmisch" gute-Unterhaltungsfilme, die keinen "künstlerischen" Stoff verarbeiten, ohne weiteres einbezogen werden, da der Film zu einem guten, wenn nicht zum grössten Teil reines Unterhaltungsmittel ist und bleiben soll. Zwischen Unterhaltung und verlogenen Kitsch besteht aber ein beträchtlicher Unterschied, um den leider viele Produzenten und Regisseure nicht wissen. Wenn die Prädikatisierung - oder wie man die finanzielle Förderung guter Filme sonst nennen mag - helfen könnte, dass auch die "Männer vom Fach" diesen Unterschied begreifen, wird sie vom Publikum dankbar begrüsst werden.

- - -

Flucht der Juden aus den "Volksdemokratien"

I.S. Entgegen der Meinung, dass die jüdische Bevölkerung, die in den heute volksdemokratisch genannten Staaten lebt, nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Unterjochung nun in Ruhe und Zufriedenheit ihren Beschäftigungen nachgehen könne, zeigen die massenhaften Anmeldungen zur Auswanderung nach Israel ein völlig anderes Bild der Lage hinter dem "Eisernen Vorhang". Schon im Jahre 1945, kurze Zeit nach dem Einmarsch der sowjetrussischen Truppen, machten sich die ersten Anzeichen einer den Kommunismus ablehnenden Tendenz in der Judenschaft bemerkbar und in den Jahren 1946 und 1947, als die Grenzen nach dem freien Westen noch nicht so scharf bewacht wurden, setzte eine Massenflucht der Juden aus allen sogenannten volksdemokratischen Staaten ein. Vom April 1946 bis zum 1. Januar 1948 wurden ungefähr 25.000 Juden aus Rumänien, 1600 aus Bulgarien, 6500 aus Ungarn und 1400 aus der CSR, die alle illegal über die Grenzen ihrer Heimatländer flüchteten, vom Wiener "Joint" registriert und betreut, während die Zahl der jüdischen Flüchtlinge, die aus Polen und der CSR nach Bayern flüchteten, auf annähernd 8.000 geschätzt wird. Von diesen Flüchtlingen sind annähernd 70 Prozent bereits in Israel, während der Rest teils in Wien, teils in München oder Paris einen Wohnort gefunden hat.

Diese Massenflucht der Juden aus den Satellitenstaaten hätte

auch weiterhin angehalten, wenn die betreffenden kommunistischen Regierungen nicht die allerschärfsten Maßnahmen getroffen hätten, die Flucht zu verhindern. Die Grenzübergänge wurden aufs strengste überwacht, mit Minenfeldern und Stacheldrahtverhauen versehen, die Freiheitsstrafen auf unerlaubten Grenzübertritt wurden auf bis zu 10-jähriger Kerkerhaft festgesetzt, mit Vermögensverfall der Betroffenen an den Staat. Nur so gelang es, den Strom der jüdischen Flut einzudämmen. Gleichzeitig aber begannen die sogenannten Volksdemokratien auch die Verfolgung der zionistischen Bewegung und die Unterdrückung einer jeden jüdischen nationalen Freiheitsbestrebung. Die jüdischen Gemeindeorganisationen wurden umgewandelt, die alten Führer der Judenschaft zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt und als neue kommunistische Elemente mosaischer Herkunft eingesetzt.

Die im Jahre 1949 erfolgte Anerkennung des Judenstaates Israel, die von der UdSSR bekanntlich befürwortet wurde, darf nicht zur Annahme verleiten, Moskau habe besonders freundliche Gefühle den Juden gegenüber. Die UdSSR unterstützte die Unabhängigkeitsbestrebungen Israels nur darum, um die Möglichkeit zu haben, im Nahen Orient eine Gesandtschaft errichten zu können und somit einen neuen Stützpunkt kommunistischer Propagandatätigkeit.

Jedenfalls brachte die Anerkennung, später übrigens auch durch alle sogenannten volkedemokratischen Satellitenstaaten, Israel die Möglichkeit, Verhandlungen mit den betreffenden Regierungen zwecks Auswanderungserlaubnis für Juden anknüpfen zu können. Besonderes Interesse wird dabei Rumänien zugewendet, wo heute noch über 250.000 Juden leben. Der kürzlich zwischen Israel und Rumänien abgeschlossene Handelsvertrag sieht die Übernahme von Roh- und Schnittholz aus Rumänien vor bei Bezahlung in USA-Dollar. Als Kompensation erhalten die Juden Rumäniens die Erlaubnis, unter Rücklassung von Hab und Gut und unter Zahlung einer vom Staate Israels zu leistenden Kopfquote von 8 USA-Dollar, das Land zu verlassen. Da aber der Transport nur auf Schiffen der sowjet-rumänischen Gesellschaft erfolgen darf, verlassen nur 800 - 1.000 Juden monatlich Rumänien. Obwohl die Lebensbedingungen in Israel noch sehr schwer sind, haben sich in Rumänien nach bisher vorliegenden Meldungen bereits über 65.000 Juden, vor allem auch Intelligenzler und Gewerbetreibende, zur Auswanderung angemeldet.

- - -